BVMW-INTERN

Ökonomie-Briefing 2026/KW 10

06.03.2026

Inhaltsverzeichnis

1. Konjunktur

- **Verbraucherstimmung verhalten**
- **Exporterwartungen steigen**
- **Sinkende Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

2. Unternehmen

- **Mittelstand mit Startschwierigkeiten**
- **Geschäftsklima verbessert sich**
- **Stellenabbau geplant**
- **Innovationsbericht Mittelstand 2025**

3. Politik

- **Reform des Heizungsgesetzes**
- **Tariftreuegesetz beschlossen**
- **Erfolg bei Bürokratieabbau**
- **Ausbruch des Irankriegs**

1. Konjunktur

Verbraucherstimmung verhalten [1]

Die Stimmung der Verbraucher hat sich im Februar nicht weiter verbessert. Laut **GfK Konsumklima** konnte das Konsumklima die Aufhellung des Vormonats nicht fortsetzen. Zwar legten die **Einkommenserwartungen** erneut leicht zu. Gleichzeitig sank jedoch die **Anschaffungsneigung**, während die **Sparneigung** weiter anstieg.

Die Sparbereitschaft erreichte den höchsten Stand seit der Finanzkrise 2008. Viele Haushalte nennen **wirtschaftliche und politische Unsicherheit** sowie steigende Preise als zentrale Gründe. Die **Inflationsrate** lag zuletzt bei **2,1 Prozent**. Zusätzliche Einkommen werden daher häufig nicht konsumiert, sondern zurückgelegt. Auch die **Konjunkturerwartungen** trübten sich leicht ein. Trotz positiver Werte bleibt die Grundhaltung vorsichtig. Eine spürbare Belebung des privaten Konsums ist damit kurzfristig nicht absehbar.

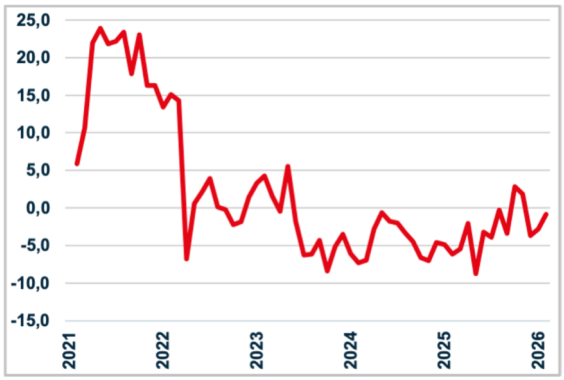
Exporterwartungen steigen [2]

Die Stimmung in der deutschen **Exportwirtschaft** hat sich erneut aufgehellt. Laut **ifo Institut** stiegen die **Exporterwartungen** im Februar in den positiven Bereich. Die Unternehmen starten damit mit etwas Rückenwind ins Jahr. Eine breit angelegte Erholung ist jedoch noch nicht erkennbar.

Besonders Hersteller von **elektronischen und optischen Erzeugnissen** blicken optimistischer auf das Auslandsgeschäft. Auch die **Automobilbranche** erwartet stabile Exporte. Bei **Nahrungsmitteln** und **Möbeln** rechnen die Unternehmen wieder mit steigenden Auslandsumsätzen.

Im **Metallbereich** wird das Exportgeschäft derzeit eher konstant eingeschätzt. Mit rückläufigen Ausfuhren rechnen dagegen das **Papiergewerbe**, die **Druckindustrie** sowie die **Chemische Industrie**. Laut ifo Institut erschweren veränderte **US-Zollregelungen** die Planbarkeit für viele Unternehmen.

Exporterwartungen



Quelle: ifo Institut

[1] NIM Institut (25.02.2026): Konsumklima: Erholung gerät ins Stocken.

[2] ifo Institut (24.02.2026): ifo Exporterwartungen gestiegen.

Sinkende Erzeugerpreise gewerblicher Produkte [3]

Die **Erzeugerpreise** gewerblicher Produkte lagen im Januar um **3,0 Prozent** unter dem Vorjahresniveau.

Laut **Statistischem Bundesamt** setzte sich damit der rückläufige Trend fort. Hauptgrund waren deutlich niedrigere **Energiepreise**. Auch **Verbrauchsgüter** verbilligten sich im Jahresvergleich.

Energie war spürbar günstiger als vor einem Jahr. Besonders **Erdgas** und **Strom** trugen zum Preisrückgang bei. Dagegen verteuerten sich **Investitionsgüter**, **Gebrauchsgüter** und **Vorleistungsgüter**. Ohne Berücksichtigung von Energie zeigten sich die Preise insgesamt leicht steigend.

Bei den Vorleistungsgütern wirkten vor allem höhere **Metallpreise** preistreibend. Auch **Holzprodukte** und bestimmte Glaswaren verteuerten sich. Preisrückgänge gab es hingegen bei **chemischen Grundstoffen**, Papiererzeugnissen sowie einzelnen Agrarprodukten. Insgesamt bleibt das Preisbild uneinheitlich.

2. Unternehmen

Mittelstand mit Startschwierigkeiten [4]

Der deutsche Mittelstand ist verhalten ins Jahr 2026 gestartet. Laut **DATEV Mittelstandsindex** lag der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um **0,7 Prozent** niedriger. Auch die Beschäftigung entwickelte sich rückläufig. Belastbare Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung zeigen sich derzeit nicht.

Besonders stark betroffen ist das **Verarbeitende Gewerbe**, das einen deutlichen Umsatzrückgang verzeichnete. Das **Gastgewerbe** blieb auf dem schwachen Niveau der Vormonate. Die Umsätze entwickelten sich insgesamt uneinheitlich. Positive Impulse blieben bislang aus.

Die **Löhne und Gehälter** stiegen weiter an und lagen um **3,9 Prozent** über dem Vorjahresniveau. Treiber war vor allem die Anhebung des Mindestlohns. Die **Beschäftigung** bewegte sich nahezu auf dem Vormonatsniveau, lag jedoch leicht unter dem Vorjahr. Mittlere Unternehmen erwiesen sich weiterhin als stabilisierender Faktor am Arbeitsmarkt.

Geschäftsklima verbessert sich [5]

Der **ifo Geschäftsklimaindex** ist im Februar gestiegen und signalisiert eine leichte Belebung der Wirtschaft. Die Unternehmen zeigten sich zufriedener mit ihren laufenden Geschäften. Auch die Erwartungen hellten sich auf. Insgesamt senden die aktuellen Daten erste positive Signale.

Im **Verarbeitenden Gewerbe** verbesserte sich das Klima erneut. Maßgeblich waren bessere Einschätzungen der aktuellen Lage, während sich die Erwartungen etwas eintrübten. Die **Auftragslage** entwickelte sich jedoch günstiger, und die **Produktionspläne** wurden nach oben angepasst.

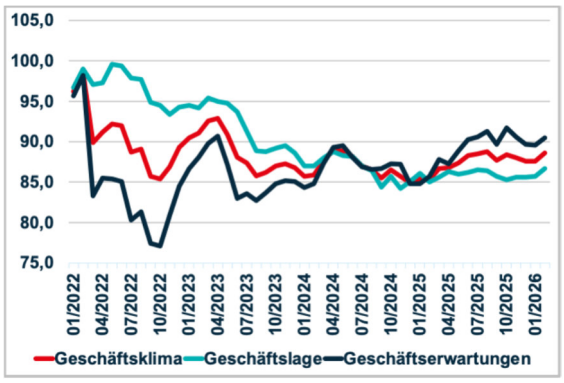
Im **Dienstleistungssektor** setzte sich die Aufwärtsbewegung fort. Der **Handel** verzeichnete dagegen einen leichten Rückgang, wobei sich die Stimmung im **Einzelhandel** merklich eintrübte. Im **Bauhauptgewerbe** hielt die Erholung an, auch wenn sich die **Auftragslage** nur langsam verbessert.

[3] Destatis (20.02.2026): Erzeugerpreise Januar 2026.
[4] Datev (20.02.2026): Schwacher Jahresstart für den Mittelstand.
[5] ifo Institut (23.03.2026): ifo Geschäftsklimaindex gestiegen.

Ökonomie-Briefing 2026/KW 10

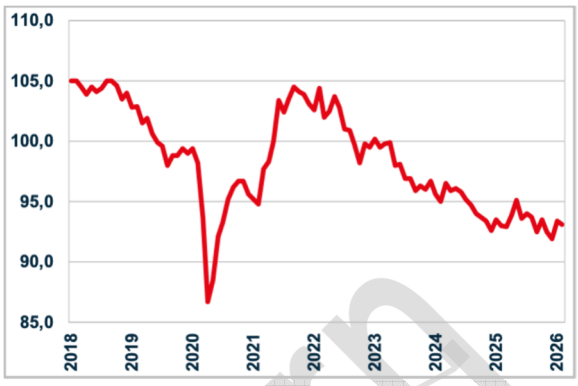
06.03.2026

Geschäftsklimaindex



Quelle: ifo Institut

Beschäftigungsindex



Quelle: ifo Institut

Stellenabbau geplant [6]

Die Unternehmen in Deutschland planen wieder häufiger, Personal abzubauen. Laut **ifo Institut** sank das **Beschäftigungsbarometer** im Februar auf **93,1 Punkte**. Die Zurückhaltung am Arbeitsmarkt nimmt damit erneut zu. Viele Betriebe streichen eher Stellen, als neue zu schaffen.

In der **Industrie** bleibt der Personalabbau ein zentrales Thema. Besonders die **Automobilindustrie** steht weiter unter hohem Anpassungsdruck. Auch im **Handel** rechnen viele Unternehmen mit weniger Beschäftigten.

Bei den **Dienstleistern** verschlechterte sich die Stimmung ebenfalls. Einzelne Branchen wie **IT-Dienstleister** sowie **Rechts- und Steuerberater** suchen jedoch weiterhin Personal. Im **Baugewerbe** zeigt sich dagegen eine leichte Belebung bei den Einstellungsplänen.

Innovationsbericht Mittelstand 2025[7]

Der **KfW** Innovationsbericht Mittelstand 2025 analysiert die **aktuelle Dynamik von Neuerungen in KMU sowie die langfristige Entwicklung der Innovationskraft** in Deutschland. Trotz einer schwachen Konjunktur stieg der **Anteil innovativer Firmen** zuletzt auf **41 Prozent**, was vor allem auf das Auflösen eines investiven Rückstaus nach der Pandemie zurückgeführt wird. Besonders das verarbeitende Gewerbe und exportorientierte Betriebe verzeichnen Zuwächse bei Produkt- und Prozessinnovationen, wenngleich das Niveau früherer Jahrzehnte noch nicht wieder erreicht ist. Der Bericht identifiziert Bürokratie, Finanzierungslücken und den Fachkräftemangel als zentrale Hindernisse, die eine breitere Entfaltung kreativer Potenziale bremsen. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, empfiehlt die Studie **gezielte wirtschaftspolitische Impulse sowie eine stärkere Förderung von Schlüsseltechnologien wie künstlicher Intelligenz**. Insgesamt verdeutlichen die Daten, dass **Innovationen das Fundament für Wachstum und Wohlstand** bilden, jedoch eine strategische Neuausrichtung vieler Unternehmen erfordern.

[6] ifo Institut (25.02.2026): Unternehmen bauen wieder mehr Stellen ab.

[7] KFW (04.03.2026): KFW Innovationsbericht Mittelstand

3. Politik

Reform des Heizungsgesetzes [8]

Union und SPD haben sich auf eine Reform des **Gebäudeenergiegesetzes** verständigt. Die bisherige Vorgabe, neue Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien zu betreiben, soll entfallen. Künftig können Eigentümer wieder zwischen **Wärmepumpe**, **Fernwärme**, hybriden Modellen sowie **Gas- und Ölheizungen** wählen. Laut Koalition stärkt dies die Entscheidungsfreiheit der Eigentümer.

Voraussetzung für neue Gas- oder Ölheizungen ist ab 2029 ein steigender Anteil **CO2-neutraler Brennstoffe**. Dieser soll zunächst bei **10 Prozent** liegen und danach schrittweise erhöht werden. Entsprechende Tarife sollen von Energieanbietern angeboten werden. Die Ziele des **Klimaschutzgesetzes** bleiben bestehen, eine Evaluierung ist für 2030 vorgesehen.

Die Förderung energetischer Sanierungen im Rahmen der **Bundesförderung effiziente Gebäude** soll mindestens bis 2029 fortgeführt werden. Auch der Ausbau der **Fernwärme** soll gestärkt werden. Ein konkreter Gesetzentwurf wird derzeit erarbeitet und soll im Frühjahr vorgelegt werden.

BVMW-Position

Der **BVMW** begrüßt die geplante Reform des Gebäudeenergiegesetzes grundsätzlich. Die stärkere **Technologieoffenheit** schafft Planungssicherheit und gibt Eigentümern sowie Betrieben mehr Handlungsspielraum. Unternehmen können nun die wirtschaftlich sinnvollste Lösung wählen. Das stärkt Wettbewerb und Effizienz.

Die Lockerung der bisherigen Vorgaben reduziert Investitionsdruck und vermeidet Fehlsteuerungen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen profitieren von mehr Flexibilität bei der Modernisierung ihrer Gebäude. Wettbewerb zwischen verschiedenen Heiztechnologien fördert Innovation und senkt Kosten. So entstehen marktwirtschaftliche Lösungen statt einseitiger Vorgaben.

Aus Sicht des Mittelstands braucht es nun verlässliche Rahmenbedingungen. **Förderprogramme sollten langfristig abgesichert und bürokratiearm ausgestaltet werden**. Zudem sind realistische Übergangsfristen entscheidend. Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit müssen zusammen gedacht werden.

Tariftreuegesetz beschlossen [9]

Der Bundestag hat das **Tariftreuegesetz** beschlossen. Öffentliche Aufträge des Bundes sollen künftig nur noch an Unternehmen gehen, die Tarifverträge anwenden oder vergleichbare Arbeitsbedingungen gewährleisten. Ziel ist es, **Lohndumping** bei staatlich finanzierten Projekten zu verhindern. Der Bundesrat soll sich im März mit dem Gesetz befassen.

Das Gesetz gilt grundsätzlich ab einem Auftragswert von **50.000 Euro**, in bestimmten Fällen erst ab 100.000 Euro. Lieferverträge sowie Aufträge der **Bundeswehr** sind ausgenommen. Unternehmen müssen nicht zwingend tarifgebunden sein, jedoch die vom Arbeitsministerium festgelegten Standards einhalten. Diese orientieren sich an repräsentativen Tarifverträgen.

Union und SPD einigten sich nach längeren Verhandlungen auf einen Kompromiss. Gewerkschaften kritisieren insbesondere die Ausnahmen und den Schwellenwert.

BVMW-Position

Der **BVMW** unterstützt das Ziel, faire Arbeitsbedingungen bei öffentlichen Aufträgen sicherzustellen. Staatliche Investitionen dürfen keinen Wettbewerb über Lohndumping fördern. Ungeachtet dessen muss das **Tariftreuegesetz** belastungsarm ausgestaltet werden.

Das Gesetz greift ab einem Auftragswert von **50.000 Euro** und verlangt die Einhaltung tariflicher

[8] Tagesschau (24.02.2026): So will die Koalition die Regeln für Heizungen ändern.

[9] Tagesschau (26.02.2025): Bundestag beschließt Tariftreuegesetz.

oder tarifähnlicher Bedingungen. Viele mittelständische Betriebe sind jedoch nicht tarifgebunden, ohne deshalb schlechtere Arbeitsbedingungen zu bieten. Entscheidend ist daher, dass keine faktische Tarifbindung durch die Hintertür entsteht. Unternehmen müssen weiterhin die Möglichkeit behalten, über **betriebliche Lösungen** wettbewerbsfähig zu bleiben.

Zudem erhöht das Gesetz die **bürokratischen Anforderungen** im Vergabeverfahren. Zusätzliche Nachweispflichten und Dokumentationsanforderungen können gerade kleinere Betriebe von öffentlichen Ausschreibungen abhalten. Damit droht eine Verengung des Wettbewerbs – zulasten von Innovation, regionaler Vielfalt und Leistungs-Effizienz. Das Gesetz sollte nach zwei Jahren auf seine Wirkung hin überprüft und ggf. überarbeitet werden.

Erfolg bei Bürokratieabbau[10]

Der Rat der Europäischen Union hat Ende Februar das erste „Omnibus-Verfahren" zur Entlastung der Wirtschaft final angenommen. Das Reformpaket tritt somit in Kraft und korrigiert zentrale Parameter der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) sowie der Lieferkettenrichtlinie (CS3D). Ziel ist es, die kumulative Belastung durch zahlreiche EU-Regulierungen zu senken. Wesentlicher Kern ist dabei die **Anhebung der CSRD und CS3D Schwellenwerte**: Die CSRD-Pflicht greift künftig erst ab 1.000 Mitarbeitern (Jahresumsatz > 450 Millionen Euro), während die CS3D auf Großunternehmen ab 5.000 Mitarbeitern (Jahresumsatz > 1,5 Milliarden Euro) fokussiert wird. Flankierend werden für beide Dossiers neue Umsetzungs- und Übergangsfristen eingeführt, um Unternehmen die nötige Vorbereitungszeit einzuräumen.

BVMW-Position

Der BVMW hat sich im Verbund mit dem Europaverband European Entrepreneurs CEA-PME aktiv für das Omnibus-Paket I eingesetzt und begrüßt die Entscheidung als wichtiges Signal. Dennoch besteht das Risiko, dass berichtspflichtige Großunternehmen die Auflagen an ihre Zulieferer weiterreichen, was die Entlastungswirkung für den Mittelstand gefährdet. Angesichts einer sinkenden Nachfrage nach ESG-zertifizierten Produkten muss der Nutzen aktueller Berichtsformate deshalb grundsätzlich hinterfragt werden. Zur weiteren Institutionalisierung des Bürokratieabbaus sollte zudem die Einführung eines **Diskontinuitätsprinzips** auf EU-Ebene diskutiert werden: Nicht abgeschlossene Gesetzesvorhaben könnten am Ende einer Legislaturperiode verfallen, um den administrativen Wildwuchs nachhaltig zu begrenzen.

Ausbruch des Irankriegs [11/12]

Die militärische Eskalation zwischen Israel, den USA und Iran hat sich am Samstag, den 28.02.2025 binnen weniger Stunden zu einer regionalen Sicherheitskrise ausgeweitet. Israel und die USA sprechen von einem Präventivschlag gegen iranische Militär- und Raketeninfrastruktur. Iran reagierte mit Raketenangriffen auf Israel sowie auf US-Standorte in der Golfregion. Mehrere Staaten schlossen vorübergehend ihren Luftraum.

Damit verschärft sich die Lage an einem zentralen Nadelöhr des Welthandels: Nach iranischen Maßnahmen in der Straße von Hormus meiden große Reedereien die Passage. Rund ein Fünftel des weltweiten Ölhandels läuft normalerweise über diese Route. In der Folge sind die Ölpreise deutlich gestiegen. Marktbeobachter halten bei anhaltender Blockade Preisniveaus von 100 US-Dollar je Barrel

[10] Rat der EU (24.02.2025): Der Rat genehmigt die Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Due-Diligence-Anforderungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU

[11] Tagesschau (28.02.2026): Was über den Angriff auf Iran bekannt ist.
[10] Tagesschau (01.03.2026): Anstieg von Ölpreis erwartet.

für möglich. Auch eine moderate Förderausweitung der OPEC+ würde größere Ausfälle nur begrenzt ausgleichen.

Politisch entsteht damit eine doppelte Dynamik aus militärischer Eskalation und ökonomischer Unsicherheit. Neben der unmittelbaren Sicherheitslage rückt auch die Frage nach einem Regimewechsel Irans in den Fokus. Für die Weltwirtschaft erhöhen sich die Risiken übersteigende Energiepreise, höhere Transportkosten und zunehmende Volatilität an den Finanzmärkten. Selbst Länder mit begrenzter direkter Importabhängigkeit sind über globale Preis- und Nachfrageeffekte betroffen.

Berlin, 06.03.2026

Gez.: Jasper Lüke jasper.lueke@bvmw.de
Dr. Hans-Jürgen Völz hans-juergen.voelz@bvmw.de

BVMW-intern